

Montag, 3. September 2007

## **SPD-Fraktion: \"Von Einschüchterung kann keine Rede sein\"**

Befürchtungen der UWG ein Zeichen für Unerfahrenheit

Die Befürchtungen der UWG, Bürgermeisterin Disser versuche durch ihr Vorgehen in Sachen FDP-Dienstaufsichtsbeschwerde die freie Mandatsausübung in der Gemeindevertretung Mainhausen zu behindern, sind nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Kai Gerfelder, „komplett an den Haaren herbeigezogen.“ Nachdem die FDP öffentlich mit Lügen und Verleumdungen gegen die Mainhäuser Bürgermeisterin vorgehe, habe Ruth Disser durchaus das Recht sich gegen ehrenrührige Äußerungen zur Wehr zu setzen.

Mit den falschen Verdächtigung und den falschen Vorhaltungen der Veruntreuung von Gemeindegeldern stelle die FDP massiv die Integrität der amtierenden Bürgermeisterin Mainhausens grundlos in Frage. „Und dass es sich hier um falsche Verdächtigungen handelt, konnte von Frau Bürgermeisterin Disser inzwischen sehr eindeutig nachgewiesen werden“, erklärt Kai Gerfelder. „Bereits die Unterstellungen zur Pölsfahrt, um nur ein Beispiel zu nennen, konnten mit Belegen und öffentlichen Zeugenaussagen - unter anderem durch den Bürgermeister der Marktgemeinde Pöls, Ernst Korp – eindrucksvoll widerlegt werden.“

Das räumt auch zwischenzeitlich der von der FDP beauftragte Rechtsanwalt ein. Wörtlich erklärt dieser: „Soweit Sie in Ihrem Schreiben bemängeln, dass diesseits behauptet worden sei, Ihre Mandantin habe sich mit einem Taxi fahren lassen, wurde in der Zwischenzeit hier bestätigt, dass Ihre Mandantin mit einem Feuerwehrfahrzeug der Gemeinde Pöls abgeholt worden ist. Insoweit hat sich Ihre Mandantin von Dritten von Graz nach Pöls fahren lassen, was begrifflich der Nutzung eines Taxis entspricht.“

Diese Ausführungen zeigen deutlich, dass die FDP derzeit auf dem Rückzug ist. „Hier sei der Hinweis gestattet, dass der Transfer auch nicht wie behauptet von einem Feuerwehrfahrzeug vollzogen wurde. Zudem wirkt die Gleichsetzung des Begriffs Feuerwehrauto mit dem Begriff Taxi als sehr konstruiert und ist zudem mehr als nur ungehörig. Schließlich ging es beim Vorwurf der FDP um die Kosten einer vermeintlichen Taxifahrt, die definitiv nicht angefallen sind.“

Die HGO gebe den gewählten Gemeindevertretern keinesfalls das Recht, mittels Lügen und Unwahrheit, den Ruf einer Bürgermeisterin und deren Familie in den Dreck zu ziehen. „Ein Gemeindevertreter genießt keinerlei Sonderrechte durch sein Mandat. Ebenso wenig verwirken Bürgermeister bei Amtsantritt ihr Recht auf eine faire Behandlung. Wenn Ruth Disser den Eindruck hat ein Gemeindevertreter gehe mit Verleumdungen und Rufschädigung gegen sie vor, hat sie das Recht juristische Schritte einzuleiten. Insofern gehen die Bedenken der UWG ins Leere“, ist sich die SPD-Fraktion einig.

Daher sehe auch das Gesetz eine Kostenübernahme für Prozesse, in denen Gemeindevertreter für ihr Verhalten außerhalb ihres gesetzlichen Aufgabenkreises zur Rechenschaft gezogen werden, nicht vor. Eine Kostenübernahme sei nach der Rechtsprechung nur in Kommunalverfassungstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten vorgesehen, in denen Gemeindevertreter mit der Gemeindevertretung (oder anderen Gemeindeorganen) um ihre Rechte streiten.

Für die SPD-Fraktion ist die Anfrage des UWG-Vorsitzenden Stolz ein deutliches Zeichen für die politische Unerfahrenheit der UWG „Die UWG sollte sich zunächst informieren, bevor sie sich so einfach an die Seite der FDP stellt. Wenn in dieser Frage schon kein Vertrauen zum eigentlichen Kooperationspartner vorliegt, hätte vielleicht eine Rückfrage beim früheren Bürgermeister ihr Übriges getan. Dieter Gröning hat schließlich weitreichende Erfahrungen im Erstellen von haltlosen Strafanzeigen. Zu diesem Mittel hat er im Laufe seiner Amtszeit mehr als einmal gegriffen, auch wenn alle Verfahren gegen die SPD-Fraktion eingestellt wurden.“

Der Bürgermeisterin dann auch noch mangelnde Transparenz vorzuhalten, sei ebenfalls nicht nachvollziehbar. Die Bürgermeisterin habe in jedem Fall einen Anspruch auf anwaltliche Vertretung und auf Kostenübernahme durch die Gemeinde Mainhausen. Hierauf jedoch habe Ruth Disser, trotz Anraten ihrer Fraktion, verzichtet. Ein

Beschluss des Gemeindevorstandes erübrigte sich dadurch. Ob Ruth Disser den Gemeindevorstand unterrichtet hat, könne die UWG zudem nicht beurteilen, da kein UWG-Vertreter dem Gremium angehört und Mitteilungen, die in der breiten Öffentlichkeit bereits diskutiert werden, keinen Niederschlag im Ergebnisprotokoll des Gemeindevorstandes finden.

---

Wie ernst Ruth Disser ihr Versprechen zur Transparenz nehme, könne nahezu täglich in der Presse festgestellt werden. Die Beantwortungen von Anfragen werden in den Mainhäuser Nachrichten vollständig abgedruckt und der örtlichen Presse zur Verfügung gestellt. An gleicher Stelle findet der interessierte Bürger (und Gemeindevertreter) auch „Neues aus dem Gemeindevorstand“. Was das durch die FDP eingeleitete Verfahren anbetrifft, hat die Bürgermeisterin auch hierzu öffentlich Stellung bezogen. Somit hatte jeder Gemeindevertreter, auch die Vertreter der UWG, die Möglichkeit, sich über den Sachstand in dieser Angelegenheit zu informieren.

Dass die UWG feststellt, sie hätte „den Mut, Ruth Disser in ihre Schranken zu weisen“, weist der Fraktionsvorsitzende lachend zurück: „Da die Bürgermeisterin eine durch und durch saubere, sehr gute und ihren Befugnissen entsprechende Arbeit leistet, ist dies gar nicht nötig. Mit dieser Aussage geht's Herrn Stolz wohl mehr darum, sich auf Kosten der SPD als Korrektiv der Kooperation in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist dies jedoch weder zuträglich noch akzeptabel.“ In jedem Fall stützt die SPD-Fraktion das Vorgehen der Bürgermeisterin: „Auch ein Mensch, der in der Öffentlichkeit steht, muss und darf sich nicht alles gefallen lassen. Eine Unterlassungsforderung mit Androhung der Strafanzeige im Fall der scheinbar wissentlich verbreiteten Lügen durch die FDP, ist auch für uns angemessen.“  
Informationen zur Arbeit der SPD-Mainhausen gibt's unter [www.spd-mainhausen.de](http://www.spd-mainhausen.de)

---

[www.spd-mainhausen.de](http://www.spd-mainhausen.de)

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen